

LEITARTIKEL



von
Reinhard
Göweil

Na geh', ÖIAG

Die Grünen wollten im Nationalrat der Politik wieder mehr Mitbestimmung bei der Staatsholding ÖIAG geben, doch die beiden Regierungsparteien wollen noch ein paar Monate weiterverhandeln. Was dabei herauskommen soll, ist unklar, sowohl SPÖ- als auch ÖVP-Abgeordnete hätten mit dem Text der Grünen leben können. Die große Frage, die aber vermutlich nicht gestellt wird, lautet: Braucht es diese ÖIAG überhaupt noch? Bei der Telekom Austria ist sie einfach gegen den mexikanischen Unternehmer Carlos Slim ausgerutscht. Wobei „ausgerutscht“ für die Politik gilt, durchaus nicht für den autonom agierenden ÖIAG-Aufsichtsrat. Nun mag die Kritik an ihrem neuen Vorsitzenden Siegfried Wolf berechtigt sein oder auch nicht, aber eines sollte er nicht können dürfen: ein Unternehmen von der Bedeutung der Telekom Austria über die Bande einfach verscherbeln.

Bei der OMV kamen die Gazprom-Gerüchte wohl zu früh, aber auch die Post AG bereitet sich auf eine Privatisierung der Mehrheit vor. Damit überspannt der ÖIAG-Aufsichtsrat den Bogen ganz eindeutig. Der Verkauf von Staatsanteilen muss von staatlichen Institutionen beschlossen werden – von der Regierung und/oder dem Parlament. Auf keinen Fall aber von einer kleinen Gruppe von Industriellen und Managern, die untereinander recht gut bekannt sind. Wenn also SPÖ und ÖVP – nach dem Scheitern der ÖIAG-Gespräche im Zuge der Telekom-Brez'n – in den kommenden Monaten doch zu einer Lösung kommen wollen, muss klargestellt sein, dass die ÖIAG bis dahin auf Eis gelegt wird. Denn am Ende der politischen Debatte könnte die Auflösung der ÖIAG stehen. So unterschiedliche Charaktere wie Werner Muhm (Arbeiterkammer) und Claus Raidl (Ex-Voest-Vorstand) befürworten dies mit durchaus guten Argumenten. Stattdessen stellt sich die ÖIAG hin und bekundet Interesse am Kauf von Anteilen der Casinos Austria. Dazu gibt es kein Mandat der Regierung. Wenn die Regierungsparteien nun den Antrag der Grünen ablehnten, so sollten sie doch Sorge tragen, dass die ÖIAG nichts unternimmt, was die Interessen der Republik schädigen könnte. Bei der Telekom Austria werden 300 Millionen Euro investiert, obwohl der neue Kontroll-Eigentümer Slim am Donnerstag bei etwa 40 Prozent der Anteile landen dürfte. Das Geld wäre als Sonderdividende mit Zweckwidmung Universitäten besser angelegt gewesen.

leitartikel@wienerzeitung.at

Der große Lauscher



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Lubomir Kortha

ZITATE ZUM TAG

„Wenn der Iran wirklich ein friedliches Atomprogramm verfolgen will, kann mir keiner erzählen, dass eine derart hohe Anzahl notwendig ist. Da stimmt doch etwas nicht.“

Reaktion eines westlichen Diplomaten auf die Forderung des Iran nach 190.000 statt 10.000 SUW (Separative work units) zur Uranspaltung

„Allein mit der Frage, wer darf nach Europa kommen und wie behandeln wir die Flüchtlinge, wenn sie in Europa sind, ist das Problem nicht gelöst. Es kann nicht dauerhafte Aufgabe der italienischen Marine sein, Flüchtlinge aufzunehmen. Aber die Vorstellung, dass Frontex mit den bescheidenen Mitteln, die es noch hat, die Aufgaben der italienischen Marine übernimmt, die halte ich auch für unrealistisch.“

Deutschlands Innenminister Thomas de Maiziere

„Es ist interessant, dass die vielen Flüchtlinge, die in Italien ankommen, gar nicht in Italien bleiben, sondern ein nicht unerheblicher Teil auch ohne die dafür vorgesehenen Verfahren in die nördlichen Staaten Europas kommt.“

Derselbe

„Das Mittelmeer ist nicht allein Italiens Meer.“

Italiens Premier Matteo Renzi

„Ich habe etwas dagegen, wenn man Wachstum auf Pump finanziert. Dann muss eben die Weltwirtschaft etwas weniger wachsen, als dass man auf Teufel komm raus auf Wachstum setzt.“

Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel

„Regieren nennt man das. Nachjustieren beim Budget ist für jede Regierung normal. Es gibt keinen Tag, wo nicht irgendetwas zu justieren ist. Wenn man

99 Prozent auf Spur ist und 1 Prozent Schwankungsbreite zu behandeln hat, ist das die Normalität einer Regierung.“

Kanzler Werner Faymann über die Gespräche über Sparmöglichkeiten

„Ich wurde nicht mehr nach einem Autogramm gefragt, seit das iPhone mit seiner Frontkamera erfunden wurde. Das einzige Andenken, das Kinder heutzutage wollen, ist ein Selfie.“

US-Musikerin Taylor Swift

„In der Zukunft bekommen Künstler einen Plattenvertrag, weil sie Fans haben – nicht andersrum.“

Dieselbe

„Natürlich haben die Argentinier Lionel Messi, der etwas Verrücktes machen kann, aber wir haben Arjen Robben.“

Guus Hiddink, künftiger Teamchef der Niederländer, vor dem WM-Halbfinale

GASTKOMMENTAR VON INGRID THURNER

Im Zweifel gegen ein Burka-Verbot

Niemand darf einer Frau die Verhüllung aufzwingen – und niemand darf sie ihr verwehren.

Die Debatte um ein Verbot der weiblichen Ganzkörperverhüllung in der Öffentlichkeit ist dominiert von ethnologischer Unkenntnis, historischen Wissenslücken, hastig zusammengedruckten Erläuterungen und an den Haaren herbeigezogenen Argumenten. Sie hat viele Mitwirkende, selbsternannte Fachleute, wohlmeinende Feministinnen, rechts stehende Parteien und ihre medialen Sprachrohre. Nicht thematisiert werden die Wünsche und die Bedürfnisse derjenigen, die selbst ein solches Kleidungsstück tragen könnten – die gesamte Diskussion findet nämlich nahezu unter Ausschluss von Musliminnen statt. Zur Verdeutlichung von Standpunkten sind sie auf soziale Netzwerke und Blogs verwiesen, auf Druckwerke mit geringen Auflagen oder beschränkten Zielgruppen.

Mag sein, dass die Vollverschleierung von „patriarchischen Stammesführern entworfen“ ist (wie Clemens Neuhold in seinem Kommentar „Im Zweifel für ein Burka-Verbot“ schreibt – „Wiener Zeitung“ vom 5./6. Juli). Aber sie ist kein „Gesellschaftsmodell aus dem 7. Jahrhundert“ (Zitat Hans Rauscher – „Standard“, 5. Juli), zu Lebzeiten des Propheten Mohammed gab es dergleichen Kleidung nicht. Sie ist in ihrer heutigen Ausprägung eine Erscheinungsform des auslaufenden 20. und des 21. Jahrhunderts. Die Befürworter des Verbots behaupten, dass Ganzkörperverschleierung die Frauen unterdrücke. Aber bei der Islamischen Glaubensgemeinschaft kennt man keinen konkreten Fall von Zwang. Zwar kann man nicht ausschließen, dass irgendwo auf der Welt eine Frau oder Frauen gegen ihren expliziten Willen ein



Ingrid Thurner ist Lehrbeauftragte am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie und Mitglied der Teilnehmenden Medienbeobachtung (www.univie.ac.at/tmb) an der Universität Wien.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

solches Kleidungsstück zu tragen haben. Aber diejenigen, die für das textile Verbot eintreten, nehmen von vornherein an, dass Frauen, die ihre Köpfe unsichtbar machen, von Männern dazu genötigt werden. Doch es sind nicht Männer, die den Trägerinnen die Verhüllung vorschreiben. Praktizierende Musliminnen sind des Glaubens, dass Gott ihre Bedeckung fordere. Allenfalls kommen da noch Traditionen und Gewohnheiten zum Tragen. Da sollen durch ein Verbot Frauen vorgeblich befreit werden, die nicht um ihre Meinung gefragt wurden, die nicht befreit werden wollen, weil sie sich nicht unterworfen fühlen. Plötzlich gebärden sich rechtsgerichtete Personen und Parteien als Kämpfer für Frauenrechte, die sich sonst keinen Deut um Geschlechtergleichstellung scheren: gegen Binnen-I, gegen Töchter in der

Hymne und gegen Kopfverhüllungen. Heinz-Christian Strache als Befreier von Frauen! „Würde eine Schülerin, die der Burka bis zum Ende der Schulpflicht entkommt, sich diese noch überstreifen lassen?“, fragt Clemens Neuhold. Die Antwort lautet: Ja. Gar nicht so wenige Frauen entscheiden sich im jugendlichen- und erwachsenalter dazu, darunter bekanntlich Konvertitinnen. Zuweilen ist die neue Frömmigkeit zwar von kurzer Dauer, aber jedenfalls, sie „lassen“ sie sich nicht überstreifen, sie tun es selbst. Normalerweise ist ein Verbot das Gegenteil von Freiheit. Bloß wenn Frauen die Wahl haben, selbst zu entscheiden, sind sie frei. Niemand darf einer Frau die Verhüllung aufzwingen – und niemand darf sie ihr verbieten. Freiheit bedeutet Entscheidungsfreiheit.